

für Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 3 00 Mark, vierteljährlich 9 00 Mark, durch die Post 7 50 Mark auschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich, Zeitungsverzeichnis unter Bezeichnung eingetragenen. Für unregelmäßig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. Halle, Freitag den 2. Januar, der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Zeitung

Die fünfundzwanzigste Jahrgang.

Die 8 Spalten 24 mm breite 100 Zeilen oder deren Raum 30 Pf. und Restlinien die 92 mm breite 100 Zeilen 90 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen in Halle für Anzeigenpreise. Anzeigenort: Halle, Eisenstr. täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 19, Dr. Brandauer, 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstr. 52 und Markt 24. Postfach-Nr. Leipzig Nr. 4600.

Nr. 2.

Halle, Freitag, den 2. Januar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

Der weitere Abtransport der Eisernen Division.
Berlin, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Meldung, daß die Eisene Division als Gegenstück im Nordspiegel von Olpe zurückverwandelt werden soll, kann nicht zutreffen. Der Abtransport der Abteilungen ist wieder aufgenommen worden. Der Gegenfuß wird durch heranzuführende Reichswachtruppen gebildet.

Die Hinausschiebung der Ratifikation.
Berlin, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Zu der Meldung, daß der Austausch der Ratifikationsurkunden erst am 10. Januar vor sich gehen soll, liegen amtliche Nachrichten aus Paris nicht vor. Es ist aber anzunehmen, daß die Regelung der Frage der Uebergangsbestimmungen bis zum 6. Januar nicht erledigt sein wird. Besonders Schwierigkeiten treten bei der Regelung der Justizbehörden in den Weststaaten und Abstimmungsangelegenheiten auf, doch sind diese Schwierigkeiten nicht derart, daß sich aus ihnen größere Differenzen ergeben könnten. Die Schwierigkeiten, die ein hinreichendes Hinausschieben mäßig machen, sind lediglich in der Schiffraummaterie begründet. Die Meldung von der Abgabe von 192 000 Tonnen Schiffsmaterial wird nunmehr amtlich bestätigt. Der Rest soll innerhalb von 30 Monaten zur Uebernahme kommen. Wie groß diese Rente sein soll, läßt sich im Augenblick nicht sagen. Das hängt eben von den Verhältnissen der Kommission ab. Im Übrigen nehmen die Verhandlungen in Bezug auf einen zehnten Vertrag. Was die Beauftragung der letzten Note betrifft, so ist es möglich, daß sich durch die Verhandlungen ergibt, daß ein Bericht vorzutragen der Note gar nicht nötig ist. Hinsichtlich des Schiffsatzes der Santa Rosa-Bente besteht, wie wir hören, zwischen beiden Parteien Uebereinstimmung darüber, daß die Versenkung der Besätze nicht als Kriegsverbrechen aufzufassen ist, daß also die Besatzenen nach Ueberlieferung der Ratifikationsurkunden freigesetzt werden.

Das Hochwasser des Rheins.
Ein Ellenbahndamm durchbrochen.
Berlin, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Das Hochwasser des Rheins ist im Wallen. Bei Somborn in der Nähe von Duisburg hat das Hochwasser den Ellenbahndamm durchbrochen. In den Rettungsarbeiten beteiligten sich Besatzungsmitglieder.

„Die Schicksalsstunde Bayerns“.
München, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) In Kosenheim findet heute eine große öffentliche Versammlung statt, auf der Dr. Seim von den Christlichsozialen und des Landesregers von Bayerischen Bauern über die Schicksalsstunde Bayerns sprechen werden. Wahrscheinlich kann schon in der heutigen Versammlung die Einigung der beiden Parteien mitgeteilt werden. Die einseitige Front wird auch die Handwerker und Gewerbetreibenden betreffen, die den gesamten Mittelstand zu sich hinüberziehen.

Die Kaiserbriefe an Zar Nikolaus.
Wie der Zar gemahnt wurde.
Berlin, 2. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Die Kaiserbriefe an den kaiserlichen Zaren Nikolaus sind. In einem am 26. September 1905 Johannes Rominten datierten Briefe macht der Kaiser auf die neue Gefahr aufmerksam. Weiter müsse ein „besonderer Nachdruck auf den vorerwähnten Widerstand aller europäischen Mächte gelegt werden gegen Anarchismus, Republikanismus und Militarismus“. Der Kaiser macht dann weiter aufmerksam, daß die „Budgetkommission der französischen Deputiertenkammer über das Militärbudget beantragt habe, das 19. Korps aus Algier und Tunis herauszuführen und ein neues kontinentales Korps an der belgischen Westfront zu bilden. Wie französische Zeitungen erzählen, sei die Grenzarmee für den ersten Vorstoß auf Deutschland im Revanchekriege bestimmt. Dieses Telegramm habe

Deutschland wie ein Donnerknall getroffen und ein tiefes Gefühl der Beunruhigung hervorgerufen. Sie ist schon jetzt ein großes Problem. Das in Aussicht genommene neue Korps würde die ohnehin überlasteten französischen Kräfte auf fünf Korps erhöhen und würde eine ernstliche Bedrohung bilden für mein Land. Eine so ernste Gefahr, daß sie mich veranlassen wird, meine Armee stark zu vermehren, damit ich in der Lage bin, es mit einem so gefährlichen Uebermüch aufzunehmen.“
Der Kaiser spricht sich sodann gegen die Anwesenheit russischer Offiziere und höherer Beamter in amtlicher Eigenschaft in Frankreich aus, die die leicht entzündlichen Franzosen zur Weichheit entfachen. Wenn Frankreich weiter im Frieden alle 6 sein internationaler Stillsitz und des Friedens verleiht, dann wird Du dich einen solchen Tages in den schrecklichsten Krieg verwickelt sehen, und Europas Meer erlitt dann einen Krieg, für den die Geschichte nicht die Dage als den Urheber verantwortlich macht. Ich hätte es für meine Pflicht, die das offen zu schreiben. Da die Weichheit und Zurückgefallenheit, welche Dir durch die tiefe Trauer auferlegt sind, es Dir unmöglich machen, unter mir stehen zu sehen und im einzelnen dem zu folgen, was ich hinter den Kulissen absieht. Daß Dein Zeite, die nach Frankreich gehen, den Franzosen nicht den Glauben beibringen. Du wirst ihr Verdruß, lasse sie nicht rückwärts werden und ihnen die Köpfe zerbrechen, bis sie verlieren und wir dann in Europa statt für Europa gegen den Osten kämpfen müssen. Darin an die

Suchbare Verantwortung für das entsetzliche Blutvergießen.
In einem weiteren Briefe nach der bekannten Krigerpöste, worin Kaiser Wilhelm den Präsidenten zum Siege beglückwünscht und in der die englische Presse eine ungehörige Einmischung in die Beziehungen Englands zu Transvaal sehen wollte, schreibt der Kaiser: „Ich habe, da die Transvaalrepublik von der englischen Presse angegriffen wurde, eine sehr ernste Sprache mit Frankreich geführt und Verbindungen in Paris zur gemeinsamen Verteidigung für die Hoffnung aus, daß der Zar diese Frage freundlich erwidern werde, denn es handelt sich um den Grundlag der Anrechtserhaltung einmal geschlossener Verträge. Ich hoffe, es wird alles wieder zu Stand kommen, aber komme, was da will, den Engländern werde ich niemals erlauben, Transvaal zu unterdrücken.“

Gegen die Verschlebung von Getreide.
Bemerkung der Ueberwachungsbeamten.
Berlin, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) In den Klagen, daß größere oder geringere Getreidemengen über die Grenzen verschoben werden, um teils im Ausland zu höherem Preise Absatz zu finden, teils die Auslandsgetreide zu Wucherpreisen nach Deutschland zurückzuführen, hat sich die Reichsregierung entschlossen, nunmehr voranzutreten, Maßnahmen zu treffen, um die Verbrechen gegen Getreide wickeln entgegenzutreten. Zunächst soll im Westen an der alten Zollgrenze des belgischen Gebietes die Zahl der in den Kommissionsverbänden schon jetzt tätigen Ueberwachungsbeamten um etwa 50 vermehrt werden. Eine entsprechende Ueberwachung der Küstenpässe, der Alpenpässe, der polnischen, der schweizerischen und der österreichischen Grenze ist ebenfalls geplant. Die Beamten sollen neuen ausführenden Befehl durch hohe Prämien an ihrer Tätigkeit interessiert werden. Die erforderlichen Mittel sind beim Reichswirtschaftsministerium beantragt. Bei der Reichsgetreidebehörde ist bereits die Neueinstellung einer Anzahl derartigen Beamter erfolgt.

Der neue Entwurf des Strafgesetzbuches.
Offenlegung des neuen Strafgesetzbuchentwurfes dürfte im Spätwinter erfolgen, nach dem die aus vier Mitgliedern des Reichswirtschaftsministeriums bestehende kleine Strafrechtskommission die letzten Arbeiten beendet hat. Der Entwurf, der dann der öffentlichen Beurteilung unterbreitet wird, setzt sich aus über 430 Paragraphen zusammen. Die Arbeiten an dem Entwurf sind im neuen Strafrecht sich bereits weit vorgeschritten, doch wird es nicht gleichzeitig mit dem Strafgesetzbuchentwurf veröffentlicht werden können.

Ungarn vollkommen zu Grunde gerichtet.
Eine Rede des ungarischen Ministerspräsidenten.
Budapest, 1. Jan. Ministerpräsident Huszar sagte heute in seiner Antwort auf die Reichsbeschlüsse der Mitglieder der radikalen Partei aus, daß das Land durch die zwei Revolutionen und die rumänische Besetzung vollkommen zu Grunde gerichtet sei. Wenn der bestehende Pariser Friede in Ungarn vier Elend, Verhunger und ein Majedonien schaffe, würde nicht ein vierter Friede, sondern ein vierter Elend. Ungarn bedürfe aber des Friedens und werde ihn suchen. Die einzige Rettung liege in der Zusammenfassung aller autonomen Kräfte. Ungarn könne ohne Volksabstimmung nicht auf Gebiete verzichten, deren Wegnahme es Finck Rakus, seiner Wälder, seiner Erde, seines Salzes und seiner Treue zum Bürger bedeute.

Polen hat 175 Milliarden Mark Schulden.
Mährisch-Odrau, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die tschechische „Arbeidn Vist“ mitteilt, ist in Finanzkreisen bekannt geworden, daß der polnische Staat bei dem Abzug nach dem Abzug der deutschen Besatzung 175 Milliarden Schulden gemacht hat, eine in der Geschichte der Völker unerhörte Summe.

Frankreich und der Streit am Konstantinopel.
Paris, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Sämtliche Briefe hat im „Journal“, daß den Verhandlungen zwischen Lloyd George und Clemenceau nichts Grundlegendes über die Orientfrage festgelegt wurde und auch in den letzten Unterredungen zwischen Lloyd George und Berthelot in der letzten Woche habe es sich lediglich um vorbereitende Besprechungen gehandelt. Die öffentliche Meinung in Frankreich ist sehr mehr zu entschlossen, den französischen Grundlag der Erhaltung des Status in Konstantinopel anrecht zu erhalten und nicht zuzugeben, daß man die Türkei des gebe, Rußland in die Arme Deutschlands zu ziehen.

Die Dahn nach Dageb.
London, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Das Reutersche Bureau meldet, daß der Eisenbahnverkehr von Dageb nach Dageb in allerhöchster Eile aufgenommen wird. Der Rest der Strecke wird ausgearbeitet.

Zum Einheitsstaat.

Von Barteld (Hannover),
Mitglied der Preussischen Landesversammlung.
Was mir in der Deutschen demokratischen Fraktion der Preussischen Landesversammlung die Anregung zu dem im Plenum mit 210 gegen 82 Stimmen angenommenen, auf die Errichtung des Einheitsstaates gerichteten Antrag der Mehrheitsparteien gaben, verstanden mit feinstem Geiste die der Ausführung und der Durchführung des Gedankens noch entgegenstehenden Schwierigkeiten. Wir waren völlig unterrichtet über die starken partikularen Strömungen in Süddeutschland und über die Ablehnung, die namentlich in Bayern gegenüber allem steht, was aus Berlin kommt. Hier ist Berlin leider in den Augen vieler Volksgenossen noch immer nicht die Reichshauptstadt, nein: Berlin ist Preußen! Trotz der Staatsumwälzung das alte militärische, junkerliche, kontervative Preußen, das nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt beherrschen will. Wir waren daher auch durchaus nicht überrascht, als in Bayern, namentlich von Seiten des Zentrums und des Bauernbundes die Anregung der Preussischen Landesversammlung sehr scharf abgelehnt wurde. Es verlangt sich daher wohl, die Gegenründe Bayerns etwas näher zu betrachten.

Trotz der wiederholten Erklärungen der Staatsregierung und der Volkserreiter in Preußen, welche die Bereitwilligkeit zum Aufgehen in einem deutschen Einheitsstaat enthielten, wenn auch die übrigen Gliedstaaten hierzu bereit seien, war bis jetzt noch in weiten Kreisen Deutschlands die Ansicht vertreten, Preußen sei doch immer noch das größte Hindernis zum Einheitsstaat. Namentlich in Bayern, wo viele Volksgenossen noch an den selbständigen bayerischen Staat und vielleicht auch noch an dem Wittelsbacher Königshaus hängen, traut man Preußen nicht, das dann seiner früheren Machtstellung wieder auf den Fuß tritt, was nicht überall Preußen wolle den Einheitsstaat dazu bewegen, um sich in ihm eine neue starke Machtstellung zu erringen; Berlin solle die Zentrale werden, nach deren Pfeife man überall an tanzen habe.

Diese Ansicht ist ganz falsch. Durch die neue Reichsverfassung ist die starke zentrale Macht der früheren Einzelstaaten völlig ausgeblüht. Auf das Reich sind übertragen bzw. gehen über: die Wehrmacht; das gesamte Verkehrsnetz: Post, Telegraphie, Eisenbahnen, Wasserstraßen; die Schulverfassung; das Zollwesen; vor allen Dingen aber die Finanzhoheit. Nicht das Reich ist mehr der Kollaborator der Einzelstaaten, sondern die Gliedstaaten werden vom Reich von den laufenden direkten Steuern einen Teil zugewiesen erhalten, von dem sie den Kommunen ihren Teil abgeben müssen. Was also die Gliedstaaten für sich behalten, wird den Städten und Gemeinden entzogen, sie werden demnach gar bald im ureigensten Interesse auf die Ausschaltung der Einzelstaaten durch ihr Aufgehen im Reich dringen. Betrachtet man die Schätze ganz nüchtern, so wird man angeben müssen, daß nach Durchführung der Reichsverfassung für das staatliche Eigenleben der Gliedstaaten keine große Berechtigung mehr vorliegt. Sie haben eine ungemessen teure Verwaltung — Parlament, Regierung, Ministerien mit allem, was daran bummelt und baumelt und vielleicht noch gar einen Staatspräsidenten. — und das verarmte deutsche Volk wird sich fragen müssen, ob es sich diesen Luxus noch fernerhin gestatten darf. Zu verzeihen ist hierbei nicht, daß auch die Reichsregierung dadurch sehr verneuert wird, daß ein ungemessen großer Teil von Kraft in den Reichsmünisterien heute durch die Ueberwindung von demnach entstehenden Reibungen zwischen Reich und den Gliedstaaten aufgegeben wird.

Die Mehrheitsparteien der Preussischen Landesversammlung, vor allem die Demokraten und das Zentrum, kennen sehr wohl die Bedeutung der Eigenarten der auf ihre Landsmannschaft ruhigen deutschen Stämme für das Deutschtum und sind durchaus gewillt, sie nicht nur zu erhalten, sie vielmehr ernstlich zu pflegen. Sie wollen keine übermäßige und unnütze Zentralisierung, sondern sie verlangen in dem geplanten Einheitsstaat für die einzelnen Stämme die weitgehendste Selbstverwaltung. Wie Paris Frankreich ist, so soll nicht Berlin Deutschland werden. Erhaltung und Pflege der Kulturkräften in München, in Stuttgart, in Köln usw. ist wesentlich das Ziel. Wir wollen nicht das Reich beherrschen, sondern in ihm zum Segen alles dessen, was deutsch ist, mit den Angehörigen aller Stämme Hand in Hand arbeiten, hoffen, daß wir es in uns aufzulösen. Die in den letzten Friedensverträgen fest und sicheren Volksgenossen wieder bei uns sehen und auch unsere überlebenden Brüder in den großen deutschen Volksstaat werden aufnehmen können.

Ramenitz unter anderen Freunden mögen doch daran denken, wer hinter dem Antrage steht: Das Zentrum, das nie zum Allpreußentum hinübergeht hat; die Demokraten, die stets die eifrigsten Bekämpfer der alten preussischen Machtpolitik gewesen sind und die Sozialdemokratie, die besonders stark unter dem Druck des königlichen, jüngerlichen Preussens gelitten hat. Wer aber ist dagegen? Die Anhänger der alten Macht, die Deutschnationalen, die mit den ihnen verbundene und ihnen gefesselternde Deutsche Volkspartei, die zwar nach ihrem Programm den Einheitsstaat fordert, aber im Parlament gegen seine Forderung stimmt. Diese beiden Parteien wollen Preußen erhalten, weil sie wissen, daß sie hier ihre noch verbleibenden Machtpunkte haben und weil sie hoffen, hier noch einmal an Macht zu gewinnen, was ihnen im großen Deutschland unmöglich ist. Schon hieraus müssen unsere süddeutschen Volksgenossen erkennen, daß wir ohne jeden Hintergedanken, lediglich aus echter deutscher und wahrhaft nationaler Gesinnung heraus den Einheitsstaat wollen und darum sollten uns gerade alle echten Demokraten in diesem Kampfe für den Einheitsstaat unterstützen. Das Vertrauen, das leider noch vielfach zwischen den einzelnen deutschen Volkstämmen besteht und häufiglich genährt wird, muß endlich verwinden und einem echten Willen zum Schwereisen Platz machen. Wir wollen Niederösterreich, Bayern, Schwaben usw. bleiben, aber weit darüber soll uns einsehen — Deutschland.

Um das Betriebsrätegesetz.

Der schriftliche Bericht des Ausschusses für soziale Angelegenheiten in der Nationalversammlung ist heute für das Reich über Betriebsräte zur Verteilung gelangt. Der Gesetzentwurf ist in zwei Fassungen im Ausschuss gründlich umgearbeitet worden. Wie gründlich, ergibt sich aus der Tatsache, daß von den 56 Paragraphen der Regierungsvorlage im ganzen nur sechs unverändert geblieben sind. Berichterstattung für das Plenum ist der demokratische Abg. Schneider — Sachsen. Der Ausschuss schlägt außer der Annahme des Betriebsrätegesetzes in der ihm in zweiter Lesung gegebenen Form dem Plenum der Nationalversammlung die Zustimmung zu zwei Anträgen vor:

1. Die Reichsregierung zu eruchen, umgehend einen Gesetzentwurf betreffend einen erhöhten Schutz der Bergarbeiter und die Sicherung einer wirksamen Aufsicht unter geordneter Mitwirkung der Arbeiter vorzulegen;
2. Die Reichsregierung zu eruchen, tunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Arbeitnehmer in Betrieben der Metallgewerbe die Beteiligung an der Unternehmensleitung durch den Erwerb von kleinen Vorzugs-Arbeiter-Aktien erleichtert wird.

Die zweite Beratung des Betriebsrätegesetzes im Plenum der Nationalversammlung beginnt am Dienstag, den 13. Januar.

Parteiagitation durch kleine Anfragen.

„Kleine Anfragen“ beschäftigen worden. Die Konventionen waren danach und haben infolgedessen von der Regierung seinen Gebrauch gemacht. Aber es ist eine Gewohnheit an den kleinen Anfragen gefast und benutzen sie vielfach zu agitatorischen Zwecken. Wie verlangt, hat die Reichsregierung mit Rücksicht auf die vielen kleinen Anfragen der Reichsparteien, die aufeinander schließlich zu agitatorischen Zwecken gestellt werden, deshalb beschlossen, in Zukunft die Anfragen mit eingehender, sachlicher Begründung, möglichenfalls selbst in scharfer Form, zu beantworten.“ Die Mitglieder der Reichstages sind mit dieser Aufklärung zufrieden. Sie bemerken damit nur, daß sie vollständig Mißbrauch treiben mit den kleinen Anfragen.

Die Frankfurter Eisenbahnarbeiter drohen mit Streik.

Frankfurt, 1. Jan. Die hiesigen Vertrauensmänner des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben in einer letzten Besprechung dem Berliner Verkehrsverband des D. E. V. ihre Absicht ausgesprochen, die eine „widerrechtlich und ungesetzliche Haltung“ in den Tarifverhandlungen mit der Regierung gezeigt habe. Die Vertrauensmänner erklärte sich namens der Frankfurter Eisenbahner nicht mit der vorläufigen Regelung der Tariffälle ab 1. Januar 1910 einverstanden und daß in einer Entscheidung bekannt, daß sie bis zur Beseitigung ihrer wirtschaftlichen Lage ertzen nur unter streifiger Beobachtung der für den Eisenbahnbetrieb geltenden Bestimmungen arbeiten können. Die Eisenbahner seien, falls die Regierung auf ihrem „unangenehmsten Standpunkt beharre, entschlossen, aus von den höchsten Mitteln des Streiks Gebrauch zu machen.

Der Geleitsraub im Osten.

Berlin, 2. Januar. Die Ueberraubung von Bromberg an Polen wird voraussichtlich am 17. oder 18. Januar erledigt.

Streit über die Gerichtsbarkeit in den Volksabstimmungsgebieten.

Paris, 1. Dez. „Le Temps“ berichtet, die Vertreter Deutschlands bitteten sich auf die Bestimmung des Friedensvertrages, die die deutsche Gerichtsbarkeit in den Volksabstimmungs- unterworfenen Zonen in Kraft lasse bis zu dem Moment, wo die Volksabstimmung stattgefunden hat. Die Vertreter Deutschlands erklärten, daß die Volksabstimmungsgebiete also der deutschen Gerichtsbarkeit unterworfen bleiben müßten. Es würde sich im besonderen daraus ergeben, daß die dort wohnenden Personen wegen Landesverrats vor das Reichsgericht in Leipzig gestellt werden könnten. Das aber, meint das Blatt, wäre unannehmlich für die locale Bevölkerung einer Volksabstimmung, und die Alliierten würden die ungesetzliche Auslegung der deutschen Gerichtsbarkeit nicht zuzulassen. Aber die deutschen Behörden beschließen sich vor, wenn sie es für möglich halten würden, die Gerichtsbarkeit ihrer Regierung, so lange die Alliierten der deutschen Nationalversammlung zuzulassen.

Der „Oberste Rat“ über die Maßnahmen gegen Deutschland.

Paris, 1. Dez. Der Oberste Rat der Alliierten hörte heute morgen Ducloux, der über seine Initiative redend mit Freyherren v. Ferner Bericht erstattete sowie General Allard, der über die Verhandlungen zwischen den alliierten Vertretern und der von Simons präsidirten Delegation berichtete. Der Rat einigte sich über alle Maßnahmen, die bezüglich des Inkrafttretens des Friedensvertrages, vor dem 6. Januar, dem Tage, der für den Antritt der Ratifikationen in Aussicht genommen ist, getroffen werden müssen. Der Rat beschloß ferner, daß der Schutz der Angehörigen der Geleits, in denen Volksabstimmungen vorgenommen werden sollen, im Auslande derjenigen Macht zufällt, deren Vertreter der Abstimmungs-Kommission des betreffenden Gebietes präsidirt. Der Rat entschied, daß der Antritt der Volksabstimmungen in den Abstimmungsgebieten jeder der Besatzung teilnehmenden Macht obliegen; die Ratifikation der Volksabstimmungen soll durch die Macht erfolgen, der das Abstimmungsgebiet zugeordnet wird. Sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages soll die deutsche Regierung die 192 000 Tausend Schilling an die alliierten. Der Rest des Malevolts ist innerhalb einer Frist von 30 Monaten abzurufen. Wie ferner verlautet, wird die Pariser Konferenz nicht vor Ende nächster Woche stattfinden. Plötzlicher wird erst Mittwoch oder Donnerstag nach Paris abreisen.

Die politischen Schieber unter den Staatsarbeitern.

Berlin, 2. Januar. In der „D. Allgem. Zit.“ wird geäußert, daß der Einat nicht umhin könne, die Schieber der Staatsbeamten und Staatsangestellten in ihre Form zu bringen, die sich von den ihnen zu trennenden Klassen anspalten. Trotzdem dies feststehe, wurde eine Prüfung in den Kreisen der Staatsbeamten und der vom Staate beschäftigten Arbeiter nicht eintreten. Wenn aber insoweit die Arbeiterklasse nicht eintreten, ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse sich behaupten zu sehen, müßte sie energisch Stellung nehmen gegen diejenigen, die sie paralytisieren wollen. In Zusammenhang zu bringen mit politischen Schiebern. Die Eisenbahnbeamten in Warschau hätte nur recht getan, durch ihre Parteimitglieder erklären zu lassen, sie lehne es ab, an parteipolitisch unabhängigen Wahlschaffungen mitzuwirken.

England fordert Entfernung der amerikanischen Truppen aus Koblentz.

Paris, 1. Dez. Nach der „Revue“ haben die Engländer dem Führer einer Note überreicht, um darauf hinzuweisen, daß die amerikanischen Sittlichkeitskräfte einen Bräutigam am Rhein, Koblentz, besetzt halten, daß aber die Vereinigten Staaten ein Friedensvertrauen mit Deutschland noch nicht ratifiziert hätten, also auch keinen offiziellen Vertreter in der rheinischen inaktiven hohen Kommission haben könnten. Die Note sprach die Ansicht aus, um den Schlichter dieser Kommission und der Verwaltung der belgischen Gebiete keinen Versuch zu tun, werde es notwendig sein, daß der von den Amerikanern besetzte Bezirk in die französischen, englischen und belgischen Bezirke eingegeben werde.

Japan will die Lase in Sibirien retten.

Rotterdam, 1. Dez. Ant. Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet „Times“ aus Sibirien, daß die Lage der zurückweichenden Armee der Koltschak sehr düster ist. Die Bevölkerung von Irkutsk sei dort verweilenden Regierung Koltschak feindlich gesinnt. Die Eisenbahnstation dieser Stadt soll sich in den Händen der Sozialrevolutionäre befinden. — Nach einer Meldung der „Times“ aus Peking ist Japan bereit, in Sibirien durch energische Unterstützung die Lage zu retten, wenn es von den Alliierten die Ermächtigung dazu erhält. Dasselbe Ziel meldet aus New York, daß einer halbamtlichen Mitteilung aus Washington zufolge die Vereinigten Staaten, England und Japan ein Abkommen geschlossen haben, wonach die Aufsicht über Sibirien Japan übertragen wird.

Wilson's Bruch mit Oberst Houle.

Paris, 2. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Der Washingtoner Berichtslatter des „Echo de Paris“ erklärt, Wilson's Bruch mit Oberst Houle sei vollständig und die Ungnade: Panthos sei ja fast, daß nicht einmal mehr die Formen gewahrt würden.

Weitere Verzögerungen des endgültigen Friedens.

Paris, 1. Januar. „Reit Parisien“ sagt, man erwartete die Antwort der deutschen Regierung in betreff der schriftlich fixierten Angelegenheiten der Alliierten in der Scavo-Flow-Angelegenheit. Generalsekretär Ducloux und Freyher v. Ferner hätten den 6. Januar nur als möglichen Tag des Inkrafttretens des Friedensvertrages ins Auge gefaßt können. Es sei aber heute fast sicher, daß dieses Datum überschritten werden würde. Hinsichtlich des kritischen Gerichtsstandes der Abstimmungsgebiete werde weiterer Verord abgeben zu werden, daß letztere Grund, anzunehmen, daß der Antritt der Volksabstimmungen nur nicht vor dem 10. Ja selbst 12. Januar erfolgen dürfte. Saint Vrice im „Journal“ behauptet, General Verord glaube, noch etwa 10 Tage zu bedürfen, um die vielen juristischen, administrativen und militärischen Einzelheiten für die Ueberleitung der Verwaltung in den Abstimmungsgebieten zu regeln.

Eröffnung des indischen Nationalkongresses.

Westerham, 2. Januar. „Times“ melden aus Amerika, daß bei der Eröffnung des indischen Nationalkongresses der Präsident des Kongresses eine Rede hielt. In der er laut, der Freie in der Welt sei teilweise hergestellt. Die 15 Punkte des Präsidenten Wilson seien jedoch tot; wehe dem Besiegten sei die Lösung, Ausland, das Frieden wolle, solle man nicht zur Ruhe kommen. Das Das der Welt hängt in der Schwere und Zustand und Kämpfen müßten die Macht des britischen Reiches stärken. In Indien sei das Selbstgefühl wieder gewonnen worden, um Punkt in

das Herz des indischen Volkes zu pflanzen und um etwaige kommende Schwierigkeiten zu vermeiden. „Times“ melden aus Bombay, daß die indische Bewegung, welche die Teilung der Türkei als die Errichtung von Mandaten zur Teilung der Türkei als einen Angriff auf ihre Religion ansehen würden.

Deutsches Reich.

Köpenhagen, 1. Dez. Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm, daß der frühere deutsche Stethother in Ost-Göteborg, Herr Wedel, gestern im Alter von 77 Jahren in Stockholm gestorben ist.

Massenanstreife aus dem Metallarbeiterverband. Allein im Berliner Gewerkschaftsbezirk sind, wie das Organ der Berliner kommunikativen Opposition „Die rote Fahne“ mitteilt, 11 000 Mitglieder der Metallarbeiterverband ausgesert. Das kommunikativen Blatt führt die rückwärts Bewegung auf „das Abzurufen des Berliner Generalfreies und die scharfe Stellung der Verbandsleitung überaupt, sowie das Eintreten der Gewerkschaftsleitung für „Arbeiterarbeit“ zurück. Diese Erklärung des kommunikativen Blattes ist jedoch nicht aufzufassen, es sei denn, daß unter der „scharfen Stellung der Verbandsleitung“ das Privileg der Einseitigkeit in den Berliner Gewerkschaft gemeint ist.

Der erste Passagierdampfer aus Amerika in Hamburg, 1. Januar. Der erste Passagierdampfer von Amerika, der 12 000 Tonnen-Dampfer „Manby“, ist von New York auf der Elbe eingetroffen. Außer Passagieren bringt er Südgut ab.

Der Eisenbahnverkehr in der Eisenbahnzeit. Berlin, 2. Januar. Wenn auch im allgemeinen in den Blättern ein ruhiger Verlauf der diesjährigen Eisenbahnzeit in Groß-Berlin festzustellen ist, so fehlt es doch nicht an Herdorten einzelner Erscheinungen, die festzustellen. Der „Lof. Anz.“ tut dies bezüglich des Eisenbahnverkehrs in diesem Umfang noch nicht beobachtet werden ist.

Ausland.

Eine Neujauchrede des dänischen Königs. Köpenhagen, 1. Januar. Bei der heutigen Neujauchsgalafest hielt der König eine Rede, in der er u. a. die Hoffnung ausdrückte, daß das Inkrafttreten des Weltfriedens den Reim zur Verständigung unter den Nationen in sich trage und daß die Wunden heilen möchten, die der Krieg geschlagen hat. Möge mir, fuhr der König fort, in Dankbarkeit gegen Gott und die Menschen aus werden zeigen der Wiedererzeugung mit unkreis Erbären im Silber, die durch Jauchzeit hindurch Dänemark die Liebe demohrt haben. Der König trant zum Schluß auf Dänemarks und Islands Wohl.

Halle und Umgegend.

Halle den 2. Januar 1910.

Abfertigung einer Operation abhören?

Vielmehr werden Renten verlangt, um Operationen zu ermöglichen. Das Reichsversicherungsamt hat in einem bestimmten Falle die Rentenverfügung nicht genehmigt und u. a. anführt, die Unfallverletzten müßten sich während der Dauer des Heilverfahrens solchen Maßnahmen unterziehen, welche eine ordnungsmäßige Wundbehandlung erst ermöglichen, z. B. Freilegung der verletzten Stelle, Einschnitt in Geschwüre, Entfernung abgestorbener Knochen; eigentliche Operationen haben Unfallverletzte weder während der Heilbehandlung, noch nach deren Abgange zu dulden; als solche Operationen seien zu bezeichnen, welche in den Bestand oder die Unverletztheit des Körpers eingreifen, oder die wie jede eine allgemeine Behandlung erfordernde Operation nicht ohne Lebensgefahr vorgenommen werden können. Vorliegende waren nach dem Gutachten des Prof. A. in Bonn der Operationen nötig, um die Selbstheilung des Verletzten zu verbessern; u. a. müßte eine Regenbogenhautentzündung und mehrere Operationen vorgenommen werden, um den geschrumpften Wundstarr zu beseitigen. Wenn diese Operationen auch nach Ansicht der ärztlichen Sachverständigen ohne allgemeine Narkose, ohne nennenswerte Schmerzen und ohne wesentliche Gefahr für Leben und Gesundheit des Verletzten ausgeführt werden können, so handelt es sich dabei doch um Eingriffe in den Bestand und die Unverletztheit des Körpers, die der Verletzte nicht zu dulden verpflichtet war. Die Fortschritte der medizinischen Wissenschaft auf chirurgischem Gebiet lassen es zweifelhaft erscheinen, ob es sich rechtfertigen lasse, in jedem Falle die Vornahme von ungesetzlichen und schmerzhaften Operationen von der Einwilligung des Verletzten abhängig zu machen. Durch die Operation würde vorliegend nur eine geringe Besserung erzielt werden, nämlich ein linsenloses Auge, das er ohne Starbrille nicht gebrauchen könne. Der Verletzte konnte begründete Befürchtungen gegen die Operation geltend machen; er verweigerte nicht die Operation aus Eigenhuth und Selbsthuth wider Treu und Glauben.

Städt. evng. Fortbildungsschule. Schulbeginn wegen Kohlenmanuels erst am 17. B. Die Fortbildungsschule wird den Unterricht vorläufig noch bis auf weiteres aussetzen. Der Anfang wird rechtzeitig in den Bestellungen bekanntgegeben. Die Erziehungsinhaber in der St. Marienkirche findet am 4. Jan. abends um 8 Uhr statt. Der französische Kindergarten hält die Erziehungsinhaber in der Marienkirche am 4. Januar nachm. um 4 1/2 Uhr. In beiden Fällen wird Herr Wiff. Böhle die Beträge halten.

Provinzial-Nachrichten.

Wob. 1. Jan. In dem weiblichen Magistrate (Magistrate) in der Magistrate am 30. Dezember wurde hier zum ersten Male ein weibliches Mitglied, Frau Marie Wob. als Ratsherrin gewählt.